

# „Ausstieg aus russischem Erdgas in Österreich“

Maßnahmenpaket zur Reduktion des Marktanteils russischen Erdgases am österreichischen Gasmarkt

Walter Boltz & Gerhard Roiss

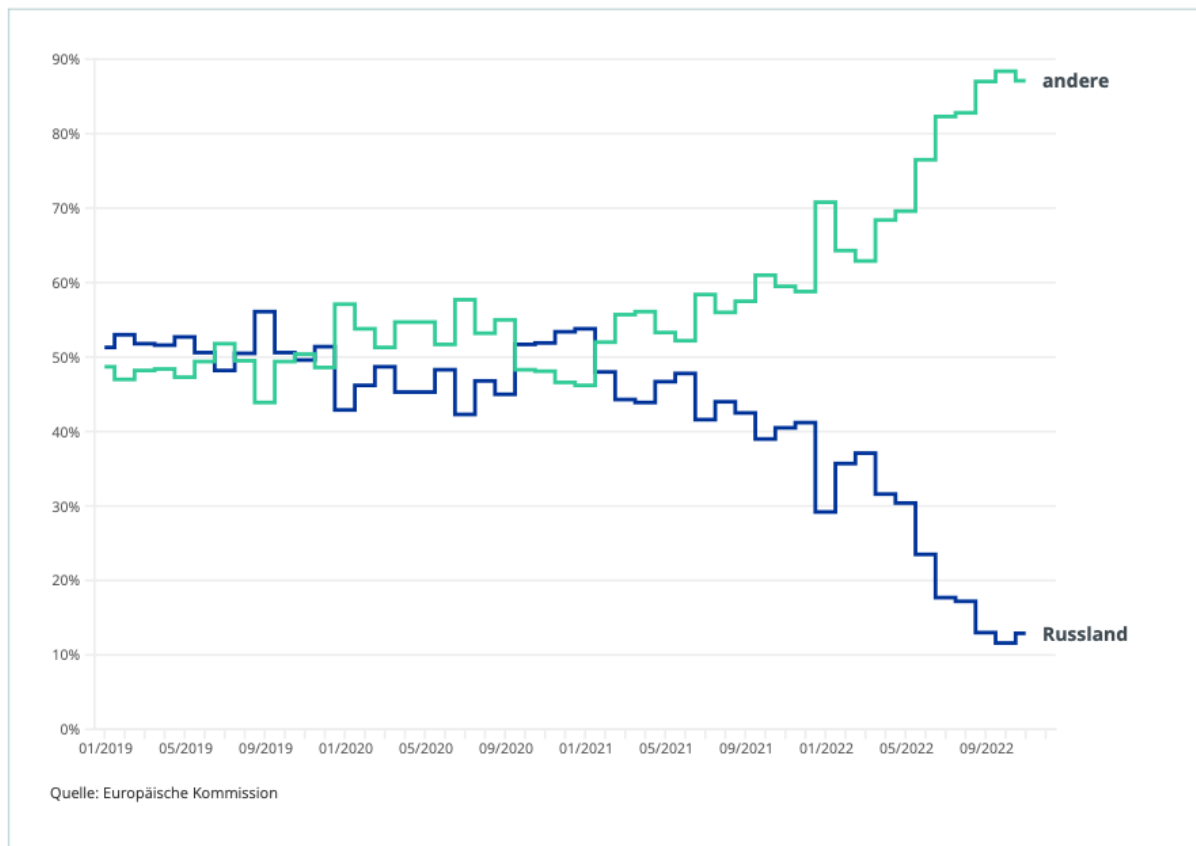
28.4.2023

## **Ausgangssituation:**

Der „Ausstieg aus russischem Erdgas“, ist ein von der EU formuliertes Ziel und auch ein breit kommuniziertes energiepolitisches Ziel der österreichischen Bundesregierung. Je nach Ausgangssituation und Marktanteil russischen Gases an den jeweiligen nationalen Gasmärkten, ist dieses Ziel in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten mehr oder weniger einfach erreichbar. Österreich gehört zu jenen Ländern, die traditionell intensive gaswirtschaftliche Beziehungen zu Russland hatten. In Österreich hatte im Jahr 2021 russisches Gas einen Marktanteil von ca. 80%. Das war der höchste Wert in der EU, außerhalb der ehemaligen COMECON Staaten, wo der exklusive Bezug russischen Erdgases zur Steigerung der politischen Abhängigkeit von Russland zu den Grundsäulen der russischen Politik zählte.

Die größten Kunden der Gazprom in der EU (außerhalb der ex-COMECON Staaten) waren D, I, F.

## Die Diversifizierung der EU zur Abkehr von russischem Gas



Seit Beginn des Ukrainekrieges ist es zu einer drastischen Reduktion der russischen Gaslieferungen durch die Gazprom Export (GPE) nach Europa gekommen. Die konkreten Ursachen sind jedoch sehr unterschiedlich. Während es in einigen Ländern eine politische Entscheidung war (z.B. Polen, Baltische Länder oder Bulgarien, etc.) wurden die Gaslieferungen an andere Länder einseitig durch Russland reduziert, oder es kam zu Unterbrechungen der Pipeline Infrastruktur, wie z.B. bei NS1 und NS2, die durch Explosionen auf längere Zeit unbenutzbar gemacht wurden, oder bei der Pipeline durch Polen, die aufgrund von Sanktionen der russischen Regierung nicht mehr genutzt werden kann. Durch die einseitige Reduktion der Liefermengen durch die Gazprom Export und durch verschiedene Maßnahmen der Bundesregierung kam es auch in Österreich im letzten Jahr zu einer Reduktion der Marktanteile russischen Erdgases am Import.

Heute liegt der russische Marktanteil bei Gaslieferungen nach Europe bei weniger als 15%. In Österreich ist dieser Anteil hingegen seit Anfang des Jahres 2023 wieder stark gestiegen.

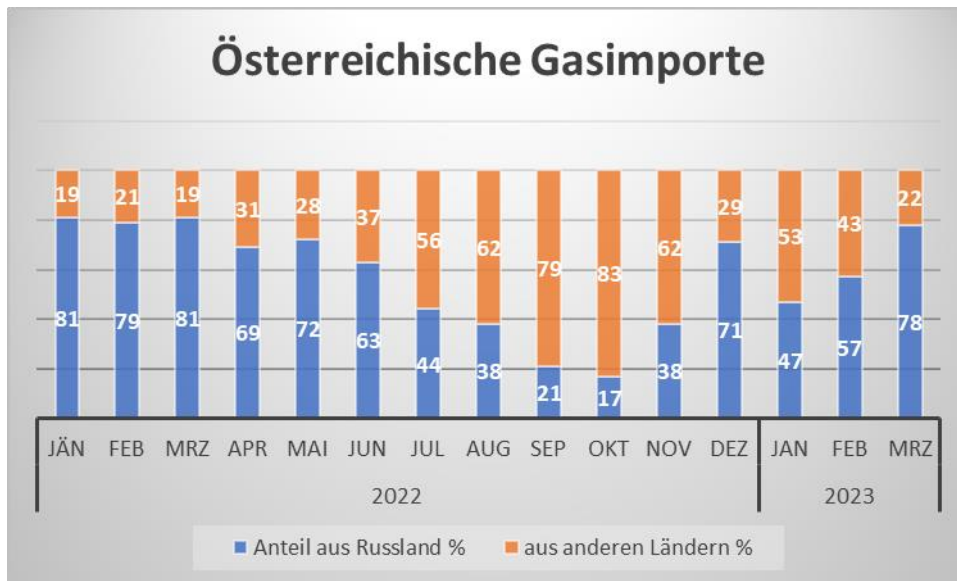


Abbildung 1: Österreichs Gas-Abhängigkeit von Russland<sup>1</sup>

Die deutliche **Reduktion der russischen Gaslieferungen nach Österreich im Jahr 2022 ist primär der einseitigen Lieferreduktion durch Russland geschuldet**. Direkte Maßnahmen zur Reduktion des Marktanteils der GPE am österreichischen Import gab es z.B. bei der 2. Ausschreibung der Gasmengen für die strategische Gasreserve, bei der die Bieter nachweisen mussten, dass es sich um nicht-russisches Gas handelt, oder mit den Förderungen nach dem Gasdiversifizierungsgesetz.

Seit Anfang 2023 **liefert** Gazprom Export, soweit dies von extern beurteilt werden kann, **wieder weitgehend die bestellten Gasmengen** nach Österreich und erfüllt damit die vertraglichen Bedingungen aus den Langfristverträgen der OMV wieder in vollem Umfang. Über die politische Motivation der Lieferreduktionen und der nunmehr wieder vollumfänglich erfolgenden Lieferungen nach Österreich (und Ungarn) kann nur spekuliert werden. Jedenfalls ist der Marktanteil Russlands an den Gasimporten im Februar 2023 dadurch wieder auf 57% gestiegen und im März auf 78%.

Das Ziel, die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen weiter und nachhaltig zu reduzieren besteht natürlich weiterhin. Auch ist eine abrupte Unterbrechung der russischen Transite durch die Ukraine nicht ausgeschlossen.

Um das Ziel eines Ausstieges aus russischen Gaslieferungen nachhaltig zu erreichen, bedarf es eines **Bündels an Maßnahmen**, um einerseits die russischen Liefermengen zu reduzieren und gleichzeitig zu gewährleisten, dass bei allen Marktkonstellationen **ausreichend andere Gasmengen zu vergleichbaren Kosten** nach Österreich geliefert werden. Als Binnenland muss dazu nicht nur die Verfügbarkeit von Erdgas für den österreichischen Markt gesichert werden, sondern auch die erforderliche **Transport- und Speicherinfrastruktur** zuverlässig bereitgestellt werden.

<sup>1</sup> <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2180135-Oesterreichs-Gas-Abhaengigkeit-von-Russland-im-Jaenner-bei-47-Prozent.html#:~:text=Demnach%20stammte%20im%20J%C3%A4nner%20knapp,auf%20knapp%2020%20Prozent%20gesunken.>

## **Was genau bedeutet der „Ausstieg aus russischem Erdgas“?**

Für die weiteren Ausführungen wird das politische Statement „Ausstieg aus russischem Erdgas“ so verstanden, dass die jährlichen Marktanteile russischen Gases von ca. 75% bis 80% im Jahr 2021 sich rasch reduziert und spätestens im Jahr 2027 auf 0% gesunken sind.

Das von der Bundesregierung formulierte Ziel eines Komplettausstieges bis 2027 bedeutet jedoch nicht, dass Österreich ein Transitverbot für russisches Erdgas erlässt. Eine allfällige Sanktionierung russischen Pipeline Gases wäre von der EU zu beschließen, Österreich sollte sich einem solchen Vorschlag aber nicht entgegenstellen.

Für den Fall, dass die EU den Import von (Pipeline) Gas in die EU mit Sanktionen belegt, müssten die unten vorgeschlagenen Maßnahmen entsprechend neu priorisiert und überarbeitet werden.

Auch die auf EU-Ebene zurzeit diskutierte Einführung eines Importzolls auf russisches Pipeline Gas ist eine EU-Maßnahme, die Österreich nicht alleine festlegen kann. Anzumerken ist allerdings, dass ein solcher Importzoll sehr hoch ausfallen müsste, um für sich alleine eine tatsächliche Reduktion der russischen Gasimporte zu bewirken.

## **Welche Maßnahmen werden vorgeschlagen:**

Die österreichische Bundesregierung hat bereits im Jahr 2022 einen mittel- bis langfristigen Ausstiegsplan aus russischem Erdgas erarbeitet. Darin finden sich Maßnahmen zur

- Reduktion des Gasverbrauchs
- Ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Stromerzeugung und der Produktion von erneuerbaren Gasen, sowie
- Unterstützung bei der Diversifizierung der Bezugsquellen für Gas

Bisher wurden schon das EAG (Erneuerbaren Ausbaugesetz), das Gas Diversifizierungsgesetz, die strategische Reserve, bessere Anreize für die Einspeicherung durch Industrieunternehmen, das UVP-G (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz) zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und Mobilisierung von Flächen für erneuerbare Erzeugungsanlagen, etc. beschlossen.

Zurzeit werden eine Reihe von weiteren Gesetzesvorhaben vorangetrieben, die es mittel- bis langfristig ermöglichen sollen, dass Österreich den Bedarf an fossilen Energieträgern reduziert und den Ausbau und die Nutzung der Erneuerbaren Energien in allen Bereichen beschleunigt.

Zu den in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen gehören insbesondere:

- Erneuerbare-Gase-Gesetz
- Erneuerbare-Wärme-Gesetz
- Industrietransformationsoffensive
- etc.

Das alles sind wichtige mittel- bis langfristige Initiativen, die unabdingbar sind, um die Dekarbonisierung in Österreich voranzutreiben. Gleichzeitig ist es offenkundig, dass diese Maßnahmen den Gas Importbedarf nicht so rasch reduzieren können, wie dies für die Erreichung des politischen Zieles eines „Ausstiegs aus russischem Gas bis 2027“ erforderlich wäre. Auch können diese Maßnahmen nicht den plötzlichen Entfall oder massiven Rückgang der Lieferungen aus Russland kompensieren.

Die im Folgenden beschriebenen Maßnahmen zur Diversifizierung und Erhöhung der Versorgungssicherheit würden kurz- und mittelfristig zu einer Reduktion der Gasimporte aus

Russland führen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

Man kann davon ausgehen, dass nach zwei bis drei Jahren diese Eingriffe in den Gasmarkt nicht mehr länger erforderlich sind, und die Marktmechanismen ausreichen, um die Versorgung Österreichs mit Gas zu wettbewerbsfähigen Preisen zu gewährleisten.

Die erforderlichen Maßnahmen fallen in 4 Kategorien:

1. **Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit** während gleichzeitig die Lieferstruktur für Erdgas grundlegend geändert wird. Hier geht es um den Aufbau hinreichend großer Speicherstände für die österreichischen Gasverbraucher, um kurzfristige Liefereinschränkungen zu kompensieren.
2. **Sicherung ausreichender alternativer Transportkapazitäten** für Gaslieferungen aus nicht russischen Quellen nach Österreich für die nächsten Jahre.
3. Maßnahmen zur mittelfristigen **Sicherung ausreichender alternativer Gasmengen** aus nicht-russischen Quellen für den österreichischen Markt zu wettbewerbsfähigen Kosten für die Endkunden. Diese Maßnahme ist auch wichtig, um im Falle einer vollständigen Unterbrechung der russischen Lieferungen über Alternativen zu verfügen.
4. Maßnahmen zur **Organisation der operativen Umsetzung.**

Die Frage ob, und in welcher Form bzw. mit welchen Risiken die OMV AG den, für den österreichischen Markt abgeschlossenen Liefervertrag beenden kann bzw. welche rechtlichen und kommerziellen Risiken damit verbunden wären, ist nicht Gegenstand dieses Konzeptes. Aufgrund des beträchtlichen finanziellen Umfanges sollte diese Frage separat mit der OMV erörtert werden.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind eine Kombination von Verpflichtungen für Marktteilnehmer, deren Kosten von eben diesen direkt getragen werden müssen, und Anreizen für Einspeicherung von Gas sowie teilweise aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Maßnahmen.

Für die Umsetzung dieser Maßnahmen zur Sicherung der Transportkapazitäten und von zusätzlichen Gasmengen sollte sich der Staat eines Unternehmens bedienen, das über die erforderlichen Qualifikationen und Ressourcen verfügt und rasch agieren kann.

#### **1) Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit**

Nachdem Österreich über große Gasspeicher-Kapazitäten verfügt, ist die einfachste und gleichzeitig wirkungsvollste Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit die Einspeicherung von zusätzlichen Gasmengen in (primär österreichische) Speicher. Hierbei ist darauf zu achten, dass die gespeicherten Gasmengen im Krisenfall tatsächlich weitgehend für österreichische Kunden zur Verfügung stehen.

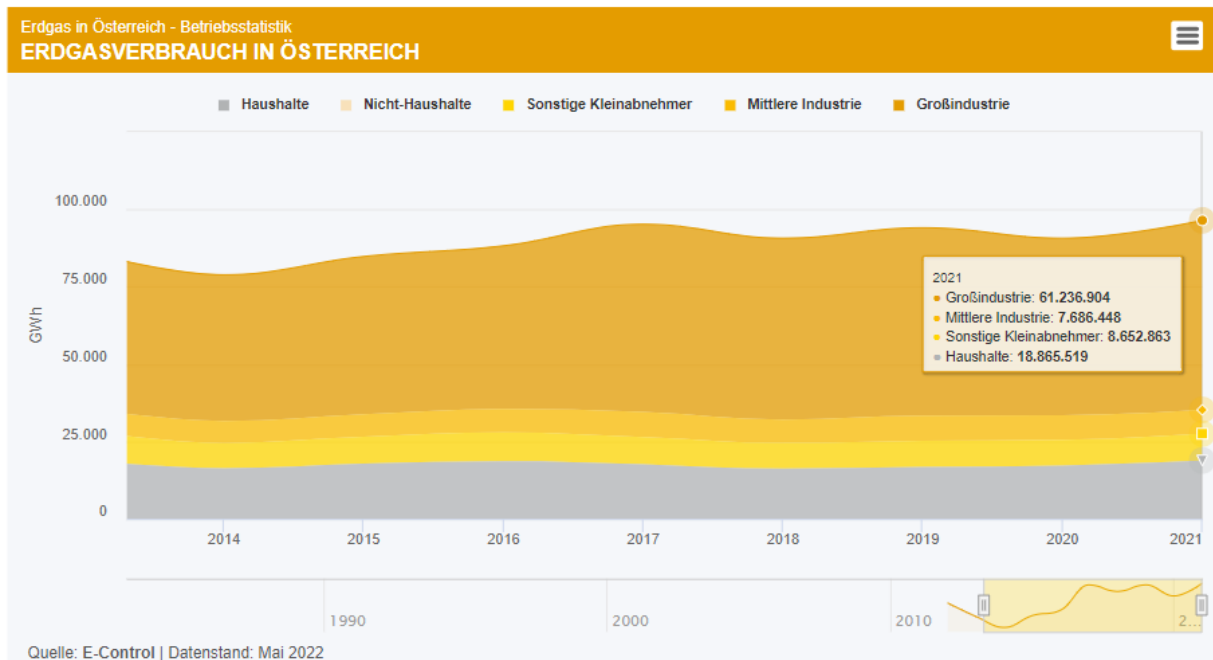


Abbildung 2: Erdgasverbrauch in Österreich<sup>2</sup>

- I. Die von der **ASGM verwaltete strategische Gasreserve im Umfang** von ca. 20 TWh ist ein Beitrag zur Sicherung der Gasversorgung in Krisenzeiten. Diese strategische Reserve sollte bis auf weiteres bestehen bleiben.
  
- II. **Erhöhung der in Österreich von industriellen Endkunden eingespeicherten Gasmengen.**  
 Durch gezielte Anreize sollten österreichische Industrieunternehmen mit größerem Gasverbrauch zusätzlich motiviert werden, Gasvorräte für den Eigenbedarf anzulegen. Zusätzlich zu der partiellen Immunisierung dieser Gasmengen gegen die Enteignung im Rahmen von Energielenkungsmaßnahmen, sollte auch der Transport und die Speicherung dieser zusätzlichen Gasmengen finanziell unterstützt werden. Das kann durch direkte Förderungen oder durch die Schaffung steuerlicher Anreize erfolgen. Die Kosten für das Gas selbst sollte von den Unternehmen getragen werden.  
 Damit könnte man auch mehr Industriekunden motivieren, sich an der geplanten EU-weiten Beschaffung zu beteiligen. Auch kann man davon ausgehen, dass diese Gasmengen nicht primär saisonal genutzt würden (Einspeicherung im Sommer und Ausspeicherung im Winter), sondern primär nach der Nutzung im Betrieb.

Ziel wäre die Beschaffung und Speicherung von **Erdgas aus nicht-russischen Quellen** durch Industriekunden im Umfang von ca. 20 TWh im Vergleich zu heute 4-5 TWh. Das entspricht etwa 40% - 50% des Jahresverbrauches der Großindustrie. Als Anreize sollte der Staat

- a) die Transportkosten des nicht russischen Gases nach Österreich zu 80% stützen. (ca. 30-50 Mio. Euro/a)
  
- b) die Speicherkosten für dieses Gas zu 50% fördern. (ca. 50 Mio. Euro/Jahr)

<sup>2</sup> [https://www.e-control.at/statistik/g-statistik/charts/gas07\\_str](https://www.e-control.at/statistik/g-statistik/charts/gas07_str)

- c) den Unternehmen, die in Eigenverantwortung Gas einspeichern, könne man bei Versorgungsengpässen darüber hinaus einen bevorzugten Zugang zu jenen Anteilen der strategischen Gasreserve geben, die nicht für die Versorgung der geschützten Kunden oder die Ausgleichsenergieversorgung bei Krisenfällen benötigt werden.

### III. Verpflichtung zur Gasspeicherung für Stromerzeuger und KWK Anlagen Betreiber

Für die Sicherung der Verfügbarkeit von hinreichenden Gasmengen für die Erzeugung von Strom und Fernwärme werden die Betreiber dieser Kraftwerke verpflichtet, sich Vorräte an „nicht russischem“ Gas anzulegen.

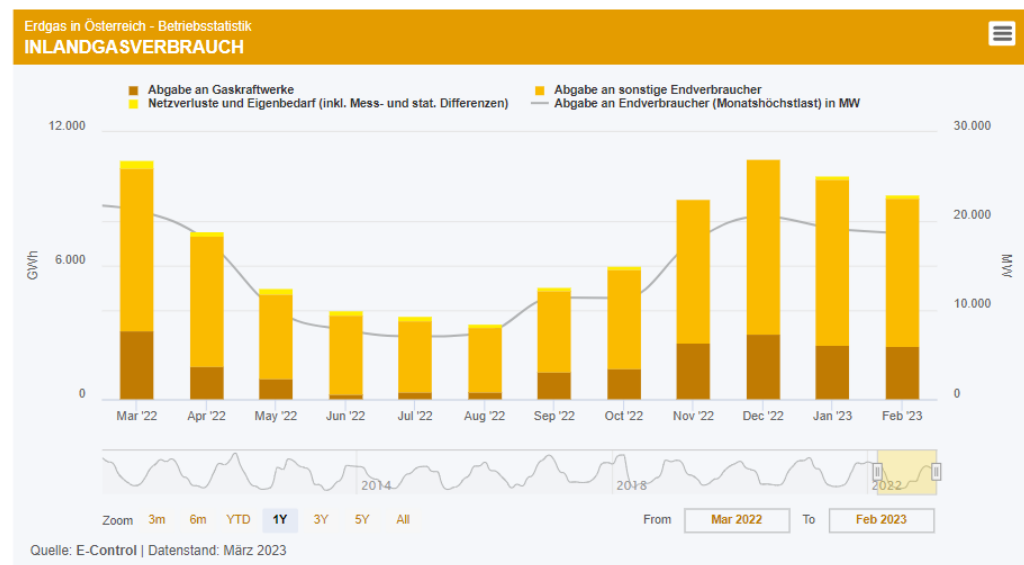


Abbildung 3: Abgabe an Gaskraftwerke (~19,5 TWh/j)

- Zum 1. November müssten dann ca. 60% des Jahresverbrauches eingespeichert sein. (ca. 12 TWh).
- Ende März, zum Ende des Winters, sollten dann noch zumindest 20% (4 TWh) des Jahresverbrauches vorhanden sein.
- Die Unternehmen müssen den Nachweis erbringen, dass es sich dabei um nicht-russisches Gas handelt. Für diesen Fall wird der Transport des Gases finanziell unterstützt. (Kosten ca. 15 bis 20 Mio. p.a. bei einer Übernahme von 50% der Transportkosten)
- Diese Verpflichtung sollte nur für Unternehmen mit mehr als 1 TWh Gasverbrauch gelten.
- Für Kraftwerksbetreiber, die alternative Brennstoffe anstelle von Gas verwenden können, könnte die Verpflichtung anteilig reduziert werden.

Diese Maßnahme ist nicht nur geeignet die Versorgungssicherheit bei Gas zu verbessern, sondern ist auch wichtig, um die Versorgungssicherheit bei Strom und Fernwärme im Falle von Gas Lieferproblemen zu gewährleisten.

Anders als die Großindustrie sind die Stromerzeuger primär dem lokalen und regionalen Wettbewerb ausgesetzt und man kann daher davon ausgehen, dass ein größerer Teil der Kosten über die Margen aus dem Strompreis finanziert werden kann.

Das wäre eine Wiedereinführung der, nach der Ölkrise eingeführten Verpflichtung, dass größere Kraftwerke über eine Alternative zum primären Brennstoff verfügen müssen.

- IV. **Gas Händler mit einem Absatz von zumindest 2 TWh**, die auch österreichische Endkunden mit Gas beliefern, werden verpflichtet am 1. November jeden Jahres **Gas, im Umfang von 30% ihres Vorjahresabsatzes** in Österreich für ihre Kunden einzuspeichern. Bei dieser Verpflichtung kann man davon ausgehen, dass die Mehrzahl der Unternehmen bereits heute Speichermengen in ähnlicher Größenordnung nutzen, sodass diese Verpflichtung keine großen Mehrkosten für die Lieferanten verursacht. Das bedeutet, dass diese Unternehmen Gasvorräte von insgesamt ca. 10 TWh anlegen müssen.
- V. Als Alternative zu den oben genannten Maßnahmen könnte man auch den bereits im GWG für geschützte Kunden bestehenden Versorgungsstandard deutlich erweitern. Wenn beispielsweise **alle Importeure** von Gas verpflichtet wären, nicht-russisches Gas im Umfang des Verbrauches der 75 Tage mit dem höchsten Gasabsatz in (überwiegend österreichischen) Speichern zu lagern, käme man auf eine ähnliche Menge an Gas wie durch die weiter oben beschriebenen Maßnahmen. Allerdings wären die Kontrolle der Umsetzung und die erforderlichen Begleitmaßnahmen deutlich komplexer.

Nach vollständiger Implementierung aller vorgeschlagenen Maßnahmen hätten österreichische Verbraucher und Lieferanten zu Beginn der Heizperiode am 1. November Gas im Umfang von ca. 60% des Jahresverbrauchs eingespeichert. Dabei wären diese Gasmengen in den Speichern – mehr als jetzt - überwiegend für österreichische Verbraucher reserviert. Teile des eingespeicherten Gases müssten aber wahrscheinlich auch in nicht-österreichischen Speichern eingelagert werden.

## 2) **Sicherung ausreichender Transportkapazitäten für Gaslieferungen nach Österreich**

Obwohl Österreich gut an das europäische Gas Transportnetz angebunden ist, bestehen doch **Kapazitätsengpässe**, für den Fall, dass 100% des österreichischen Gas Importbedarfes über die Nachbarländer Deutschland und Italien importiert werden muss.

Ergänzend zur Diversifizierung der Lieferanten sollte daher auch eine **Diversifizierung der Lieferwege** erfolgen, was bedeutet, dass man kurzfristig sicherstellen muss, dass es hinreichend Kapazitätsreserven für österreichische Importeure gibt, um größere Gasmengen aus Norwegen/Nordeuropa und aus LNG-Terminals in Italien nach Österreich transportieren zu können.

- a. **Konkret sollte eine von der Bundesregierung beauftragte Gesellschaft** (z.B. Verbund AG, GCA oder OMV, etc.) im Auftrag, und unter Übernahme des finanziellen Risikos durch die Republik, die erforderlichen Kapazitäten reservieren. Dabei sollte man alle alternativen Optionen vorantreiben, bis es gelungen ist, Kapazitäten für ca. 70% des Importbedarfs für Österreich zu reservieren. Wir gehen davon aus, dass man bis zu ca. 3,5 BCM auf der WAG und ca. 3 BCM auf der TAG für zwei bis drei Jahre buchen sollte. Bei nachgewiesener Verfügbarkeit anderer



Importrouten, könnend diese Werte reduziert werden.

- i. Falls erforderlich, müssen auch in den vorgelagerten Märkten I und D ausreichende Kapazitäten gebucht werden.
- ii. Für die Belieferung über Italien müssen, falls erforderlich eventuell auch LNG Re-Gas Kapazität gebucht werden, weil in Italien nicht ausreichend Pipeline Gas verfügbar ist.
- iii. Diese Kapazitäten können dann an die Endkunden in Österreich oder deren Lieferanten weiterverkauft werden.
- iv. Nichtgenutzte Kapazitäten können am Sekundärmarkt verkauft werden. Die Kosten für den Kauf dieser Pipeline/Terminal Kapazitäten betragen etwa 150 Mio. Euro p.a. Ein Teil der Kapazitäten kann aber wieder weiterverkauft werden, sodass die tatsächlichen Kosten geringer ausfallen dürften.

**b. Rascher Ausbau der WAG Reverse Flow Kapazitäten:**

Nachdem nicht nur österreichische Händler Kapazitäten auf der WAG nutzen, sondern Händler auch Kapazitäten für die Belieferung von Kunden in andere Länder wie SK, H, SLO, UKR nutzen, ist ein rascher Ausbau der heute limitierten WAG-Kapazitäten jedenfalls notwendig. Schon eine erste Ausbaustufe im Umfang von 180 Mio. Euro würde die Kapazität um fast 3 BCM erhöhen.

Natürlich muss bei einem Ausbau darauf geachtet werden, dass die Pipeline mit geringem Zusatzaufwand auf Wasserstofftransport umgerüstet werden kann.

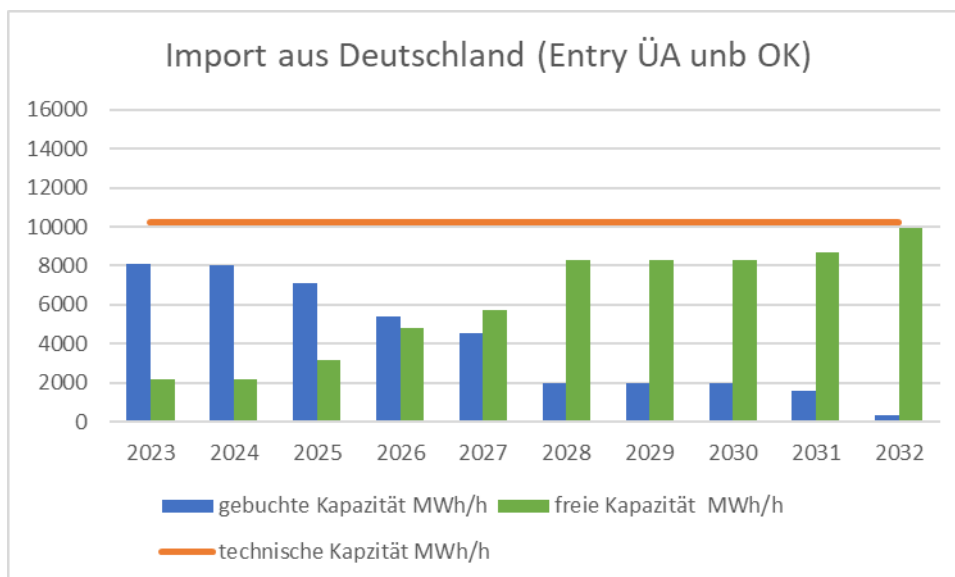


Abbildung 4: Technische, gebuchte und freie Jahreskapazität aus Deutschland (Einspeisung Überackern und Oberkappel mit Wettbewerbsvergabe)

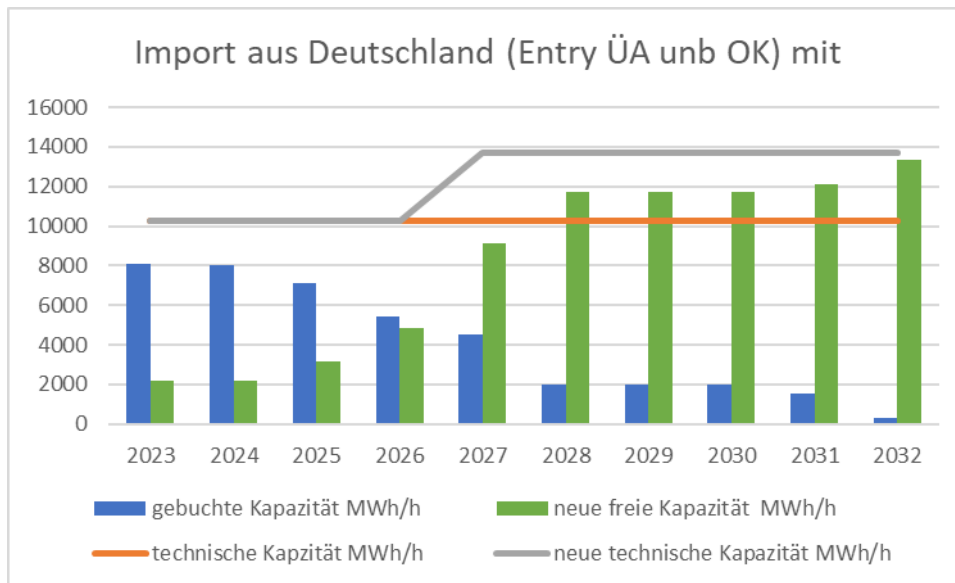


Abbildung 5: Technische, gebuchte und freie Jahreskapazität aus Deutschland (Einspeisung Überackern und Oberkappel ohne Wettbewerbsvergabe ab 2027) unter Berücksichtigung der neu zu schaffenden Kapazitäten durch die Umsetzung des Projektes GCA 2022/01 WAG Teil-Loop

- c) **Mittelfristige Anbindung der Gasförderung im Schwarzen Meer an Österreich.**  
 In der Schwarzmeer Region gibt es große Gasfelder, die über z.T. vorhandene und teilweise neu zu errichtende Leitungen an Österreich angebunden werden sollten. Dadurch kann man mittelfristig den Wettbewerb zwischen den Lieferregionen erhöhen. Im Moment stehen auf dieser Verbindung nur geringe Mengen zur Verfügung. Mit organisatorischer und politischer Unterstützung der OMV durch die Bundesregierung sollte ein Kapazitätsausbau auf ca. 2-3 BCM mittelfristig möglich sein. Neben einer Verbesserung der Versorgungssicherheit erreicht man dadurch auch eine Stärkung des Wettbewerbs und damit niedrigere Preise.
- d) **Sicherung von Re-Gas Kapazitäten in Greifswald:**  
 Die Leitung von Greifswald an der Ostsee über D, CZ, SK nach Österreich wurde in den letzten Jahren massiv ausgebaut um Gas von der Nord Stream 1 und Nord Stream 2 Pipeline über D nach CZ, Ö und Italien zu transportieren. Im Moment gibt es in Greifswald aber nur 1 LNG-Terminal mit ca. 5 BCM, dessen Kapazitäten weitgehend ausgebucht sind. Ein zweites Terminal ähnlicher Größe ist für 2024 geplant und Österreich sollte versuchen, sich dort Kapazität zu sichern und die Transportroute über Eugal, Opal, Net4Gas, Eustream nach Baumgarten nutzen. Auf dieser Route steht im Moment noch umfangreiche Kapazität zur Verfügung. Eine Vorreservierung ist hier im Moment nicht erforderlich. Die Situation sollte aber laufend beobachtet werden.

Generell ist festzuhalten, dass der Ausbau von Gas Pipelines nicht nur der unmittelbaren Versorgungssicherheit in Österreich dient, sondern auch eine Perspektive für den künftig erforderlichen Transport von grünem Wasserstoff bietet.

### **3) Maßnahmen zur Sicherung ausreichender alternativer Gaslieferungen nach Österreich zu vergleichbaren Kosten für die Gaskunden**

- I. Als kurzfristige Maßnahme ist sicherzustellen, dass Gasmengen von max. 2,5 – 3 BCM aus Norwegen (OMV) über dreijährige Optionsverträge mit der OMV für Österreich gesichert werden. Gleichzeitig sollten auch dreijährige Optionsverträge mit Drittlieferanten oder auch der OMV, für die Lieferung von ebenfalls ca. 2,5 – 3 BCM LNG Gas über Italien für Österreich gesichert werden. Speziell bei einer plötzlichen Unterbrechung der Gaslieferungen aus Russland wären solche Optionsverträge ein gutes Instrument zur Risiko- und Kostenminimierung.  
Die Kosten für die Optionsverträge und die Reservierung von ausreichend LNG-Slots in italienischen Terminals werden auf ca. 10 – bis 15% der Kosten des zugrundeliegenden Commodity Vertrages geschätzt. Auf Basis der momentanen Gaspreise wären das ca. 130 bis 150 Mio. Euro.
- II. Nachdem die OMV das Entwicklungsprojekt ihres großen Schwarzmeer Gasfundes entscheidungsreif hat, sollte die Bundesregierung die OMV in ROM unterstützen, um die notwendigen politischen Entscheidungen der dortigen Regierung als Voraussetzung für den Beginn der Feldentwicklung noch im Jahr 2023 zu bekommen. Da ROM auch über eigenes Gas verfügt, würden 1-2 BCM für den Export nach Ö dann schon ab 2027 zur Verfügung stehen. Kleinere Mengen sind eventuell auch schon vorher verfügbar.
- III. Durch organisatorische und ggf. finanzielle Unterstützung sollten österreichische Gasendkunden und/oder Vertriebsunternehmen weiters dabei unterstützt werden, Gasmengen aus der anlaufenden EU-Beschaffung zu kaufen.  
Ab Mai/Juni wird die EU beginnen, Rahmenverträge für die Belieferung mit nicht-russischem Gas auszuschreiben. Interessenten können dann mit den Anbietern verbindliche Verträge über die Lieferung abschließen. (Vorerst werden Monatsmengen jeweils für zwei Monate in der Zukunft ausgeschrieben). Einige österreichische Gaskunden und Gas Lieferanten haben bereits ihr Interesse über die von der EU beauftragte Online Plattform angemeldet.  
Ob und wann man über dieses Verfahren auch wettbewerbsfähiges Gas nach Österreich bringen kann, ist im Moment aber noch unklar.
- IV. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass sich der Anteil erneuerbarer Gase (Biomethan, grüner Wasserstoff, etc.) kontinuierlich erhöht.

### **4) Organisation der operativen Umsetzung**

Für die Abwicklung der in diesem Papier vorgeschlagenen Maßnahmen bedarf es eines mit dem Gasgeschäft vertrauten und erfahrenen Managements. Hier bietet sich eine temporäre Herauslösung eines Teiles des OMV-Gasgeschäftes (ohne Russen-Verträge!) und Übernahme durch die ÖABG an. Mit einer solchen Lösung wäre es möglich die erforderlichen Maßnahmen rasch und mit der geringsten Komplexität umzusetzen. In diesem Fall wäre auch die Erteilung eines Versorgungsauftrags möglich.

Alternativ wären Treuhandlösungen oder qualitativ ähnliche, temporäre Lösungen zu prüfen.

Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle ohne umfangreiche Begleitmaßnahmen reicht voraussichtlich nicht aus, um die komplexen Aufgabenstellungen hinreichend rasch zu managen.